Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8384**

17. Wahlperiode 18. 01. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/7023 –

Klimagerechte Stadtpolitik – Potentiale nutzen, soziale Gerechtigkeit garantieren, wirtschaftliche Entwicklung unterstützen

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Daniela Wagner, Stephan Kühn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5368 –

Klimaschutz in der Stadt

c) zu dem Antrag der Abgeordneten Daniela Wagner, Bettina Herlitzius, Ingrid Nestle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5778 –

Energieeffizienz und Klimaschutz im Gebäudebereich

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, die finanzielle und rechtliche Handlungsfähigkeit der Städte zu gewährleisten, leistungsfähige städtische Verkehrskonzepte zu entwickeln und zu unterstützen, kommunale Unternehmen zu stärken, Potentiale der energetischen Gebäudesanierung sozial verträglich zu nutzen, Energieeffizienz für alle zu ermöglichen und steigende Energiekosten sozial gerecht abzufangen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zum Thema Klimaschutz in der Stadt unter anderem auffordern soll, Klimaschutz im Baurecht zu verankern, die Förderung zielsicher zu gestalten, den Klimaschutz in den Kommunen zu stärken, die energetische Stadterneuerung auszubauen, Flächenverbrauch zu vermeiden, umwelt- und klimafreundlichen Stadtverkehr zu fördern, die Öffentlichkeitsarbeit und Energieberatung zu verbessern und die Aus- und Weiterbildung von Bauleuten weiterzuentwickeln.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, eine Energiesparoffensive im Gebäudebereich umzusetzen, die eine umfassende und verlässliche Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich sicherstellt und Standards für Wärme- und Kühlungsverbrauch sowie erneuerbare Energien setzt. Zudem soll sie aufgefordert werden, für die Umsetzung Standards für den Neubau und den Gebäudebestand zu setzen, Energieeffizienz zu fördern, Fördermittel der EU für Energieeffizienz zu nutzen, das Mietrecht an zentrale Herausforderungen des Wohnungsmarktes anzupassen, erneuerbare Energien im Wärmebereich verbindlich zu machen, den Contractingmarkt zu entwickeln, ökologisch bauen und sanieren zu stärken, Information und Beratung vor Ort zu verbessern sowie in Ausbildung und Forschung zu investieren.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/7023 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5368 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5778 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Jeweils Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/7023 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/5368 abzulehnen,

c) den Antrag auf Drucksache 17/5778 abzulehnen.

Berlin, den 21. Dezember 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Peter Götz**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Götz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/7023** in seiner 127. Sitzung am 22. September 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5368** in seiner 102. Sitzung am 7. April 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5778** in seiner 115. Sitzung am 10. Juni 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf Drucksache 17/7023 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die finanzielle und rechtliche Handlungsfähigkeit der Städte zu gewährleisten, leistungsfähige städtische Verkehrskonzepte zu entwickeln und zu unterstützen, kommunale Unternehmen zu stärken, Potentiale der energetischen Gebäudesanierung sozial verträglich zu nutzen, Energieeffizienz für alle zu ermöglichen und steigende Energiekosten sozial gerecht abzufangen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf Drucksache 17/5368 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zum Thema Klimaschutz in der Stadt unter anderem auffordern soll, Klimaschutz im Baurecht zu verankern, die Förderung zielsicher zu gestalten, den Klimaschutz in den Kommunen zu stärken, die energetische Stadterneuerung auszubauen, Flächenverbrauch zu vermeiden, umwelt- und klimafreundlichen Stadtverkehr zu fördern, die Öffentlichkeitsarbeit und Energieberatung zu verbessern und die Aus- und Weiterbildung von Bauleuten weiterzuentwickeln.

Zu Buchstabe c

Der Antrag auf Drucksache 17/5778 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine Energiesparoffensive im Gebäudebereich umzusetzen, die eine umfassende und verlässliche Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich sicherstellt und Standards für Wärme- und Kühlungsverbrauch sowie erneuerbare Energien setzt. Zudem soll sie aufgefordert werden, für die Umsetzung Standards für den Neubau und den Gebäudebestand zu setzen, Energieeffizienz zu fördern, Fördermittel der EU für Energieeffizienz zu nutzen, das Mietrecht an zentrale Herausforderungen des Wohnungsmarktes anzupassen, erneuerbare Energien im Wärmebereich verbindlich zu machen, den Contractingmarkt zu entwickeln, ökologisch bauen und sanieren zu stärken, Information und Beratung vor Ort zu verbessern, sowie in Ausbildung und Forschung zu investieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7023 in seiner 57. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5368 in seiner 57. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5778 in seiner 57. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 9. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a bis c

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat zu dem Antrag auf Drucksache 17/5368 in seiner 39. Sitzung am 11. Mai 2011 die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. In seiner 47. Sitzung am 6. Juli 2011 hat er beschlossen, den Antrag auf Drucksache 17/5778 bei der öffentlichen Anhörung einzubeziehen. In seiner 49. Sitzung am 21. September 2011 hat er beschlossen, auch den Antrag auf Drucksache 17/7023 bei der öffentlichen Anhörung einzubeziehen. Die öffentliche Anhörung hat er in seiner 51. Sitzung am 28. September 2011 durchgeführt. An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil:

– Rainer Bohne, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e. V. (SRL);
– Walter Rasch, Bundesvereinigung der Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI);
– Lukas Siebenkotten, Deutscher Mieterbund e. V. (DMB);
– Dr. Andreas Stücke, Haus & Grund Deutschland;
– Carsten Wachholz, Naturschutzbund Deutschland e. V. (NABU) und
– Dr. Jan Witt, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW).

Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 51. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung verwiesen.

Die **Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände** war zu der Anhörung ebenfalls eingeladen worden, konnte aber aus terminlichen Gründen keinen Vertreter entsenden. Sie hat jedoch eine schriftliche Stellungnahme eingereicht, welche als Ausschussdrucksache 17(15)269-E verteilt wurde. Der Stellungnahme war auch ein Positionspapier des Deutschen Städtetages „Klimaschutz in den Städten“ beigefügt, auf welches Bezug genommen wurde.

In der Stellungnahme wird unter anderem ausgeführt, die vorgelegten Anträge zum Klimaschutz in der Stadt enthielten viele wichtige kommunalpolitische Positionen zum Klimaschutz. Die Stellungnahme spricht sich für Maßnahmen zur Förderung einer dezentralen Energieversorgung aus. Grundlegende Voraussetzung für Fortschritte bei der

Umsetzung klimagerechter und energieeffizienter Stadtentwicklungsstrategien sei die sachgerechte Verankerung des Klimaschutzes in Förderprogrammen und die verstetigte Bereitstellung auskömmlicher Fördermittel. Zur Aktivierung der CO_2-Einsparpotenziale im Bereich öffentlicher und privater Bauten sowie zur Bewältigung der großen Aufgaben sozialer und ökologisch-energetischer Stadterneuerung würden dauerhaft angelegte Förderprogramme in erheblich höherem Umfang als bislang benötigt. Auch sei es erforderlich, seitens des Bundes und der Länder die Förderprogramme übersichtlich zu gestalten, sie aufeinander abzustimmen und frühzeitig über abrufbare Förderkontingente zu informieren. Insbesondere die Städtebauförderung solle auf die Umsetzung von Zielen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel ausgerichtet werden. Kürzungen bei der Städtebauförderung hätten nicht akzeptable Folgewirkungen für die klimagerechte Stadtentwicklung.

In seiner 55. Sitzung am 9. November 2011 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Vorlagen abschließend beraten. Neben den Anträgen, die Gegenstand des Berichtes sind, hat der Ausschuss dabei auch den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung bezahlbarer Mieten und zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten“ (Drucksache 17/6371), für den die Federführung beim Rechtsausschuss liegt, eine dem Ausschuss zu dem Antrag auf Drucksache 17/5778 nach § 109 Absatz 1 Satz der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Stellungnahme zugeleitete Petition, mit der im Wesentlichen eine verpflichtende Energieeffizienzprüfung für Gebäude gefordert wird (Ausschussdrucksache 17(15)259) sowie einen Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu einer Richtlinie (Merkblatt) für das neue Förderprogramm der KfW Bankengruppe – Energetische Stadtsanierung (Ausschussdrucksache 17(15)287) beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, es sei richtig, dass die finanzielle Lage der Gemeinden schwierig sei. Der Deutsche Bundestag habe aber erst in der vorangegangenen Woche mit der Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung einen wichtigen Teil der finanziellen Belastung der Kommunen übernommen. Zusammen mit dem Bildungspaket bedeute dies bis 2020 eine Entlastung mit einem Volumen von mehr als 50 Mrd. Euro. Sie kündigte an, der zweite Teil der Novelle des Bauplanungsrechtes werde im ersten Halbjahr 2012 auf den Weg gebracht. Dabei werde es um die Stärkung der Innenentwicklung der Städte, aber auch um die energetische Stadtsanierung gehen. Zusammen mit dem Programm zur energetischen Stadtsanierung komme man im Hinblick auf die Städtebauförderung auf ein Volumen vom mehr als 500 Mio. Euro, was belege, dass man es geschafft habe, die Städtebauförderung auf hohem Niveau fortzuführen.

Die **Fraktion der SPD** betonte, die aktuellen Meldungen zur Klimaentwicklung und zum CO_2-Ausstoß gäben Veranlassung, sich auch in Deutschland verstärkt um eine CO_2-Minderung zu bemühen. Diesbezüglich habe sie einen konstruktiven Antrag vorgelegt, dessen Annahme sie empfehle. Sie plädierte zudem dafür, bei den anstehenden Haushaltsberatungen für eine Erhöhung der Mittel der Städtebauförderung einzutreten.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die in dem Antrag der SPD-Fraktion geforderte Mittelausstattung für die Städtebauförderung sei auch nie erreicht worden, als die SPD noch an der Bundesregierung beteiligt gewesen sei. Zu dem Programm der KfW Bankengruppe „energetische Stadtsanierung“ fordere der Antrag der Fraktion der SPD, dass dieses in die Städtebauförderung mit eingehe. Sie wolle die Finanzierung aber über den Energie- und Klimafonds gewährleisten. Zudem betonte sie die Wichtigkeit der CO_2-Einsparung und vertrat die Auffassung, dass die Bundesregierung hierzu ein sehr gutes Konzept vorgelegt habe. Sie begrüße, dass die Bundesregierung das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm nun auf 1,5 Mrd. Euro aufgestockt habe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie stimme der vorgelegten Petition (Ausschussdrucksache 17(15)259) zu und empfehle der Bundesregierung, diese als Anregung zu begreifen. Mit dem Gesetzentwurf auf Drucksache 17/6371 wolle sie verhindern, dass Wohnen zum Luxus werde. Die energetische Sanierung werde insbesondere in Regionen mit hoher Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt auch dazu benutzt, die Mieten nach oben zu treiben.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Wichtigkeit der Städtebauförderung, vor allem auch im Hinblick auf den Klimaschutz und den demographischen Wandel. Sie plädiere daher für eine weitere Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung. Im Hinblick auf die energetische Stadtsanierung solle man auf bewährte Programmstrukturen zurückgreifen und die energetische Stadtsanierung in die Städtebauförderung integrieren und finanziell besser ausstatten. Man soll auch noch einmal prüfen, ob nicht zusätzliche Mittel für Städtebau und altersgerechten Umbau eingesetzt werden könnten. Im Hinblick auf die anstehende Novelle des Baugesetzbuches plädiere sie dafür, dabei auch den Klimaschutz inhaltlich umzusetzen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7023 abzulehnen. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5368 abzulehnen. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5778 abzulehnen.

Berlin, den 21. Dezember 2011

Peter Götz
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333